



Sambia - Zahlungsaufschub

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 29. Juni 1983
 (Beilage)

Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht
 vom 4. Juli 1983 (Zustimmung)

Finanzdepartement. Mitbericht vom 4. Juli 1983 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Der vorgelegte Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sambische Schulden wird gemäss den Erwägungen im Antrag im Sinne von Verhandlungsinstruktionen genehmigt.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidg. Finanzdepartement die Verhandlungen mit Sambia über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilage) an:

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10) zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- BK 1 (Cy) "
- EFK 2 "
- FinDel 2 "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, 29. Juni 1983

AUSGETEILTNicht für die PresseAn den B u n d e s r a tSambia - Zahlungsaufschub

Preiseinbrüche auf dem Rohstoffmarkt, insbesondere beim Kupfer, sowie anhaltende Dürreperioden haben seit 1979 zur Degradation der Finanzlage Sambias beigetragen. Zahlungsrückstände von über 2 Jahren sind seit einiger Zeit leider Tatsache. Um aus dieser unbequemen Situation herauszukommen, ersuchte Sambia den Internationalen Währungsfonds um Rat und finanzielle Unterstützung. Im Mai dieses Jahres kamen die Vertreter der westlichen Gläubigerländer im Rahmen des "Club de Paris" mit Vertretern Sambias zusammen, um die Modalitäten für eine Schuldenkonsolidierung auszuhandeln.

1. Gründe und Ausmass der Verschuldung

Sambias Exporterlöse stammen zu etwa 95 Prozent aus dem Verkauf von Kupfer (88 Prozent) und Kobalt (7 Prozent). Der Preiszerfall dieser Rohstoffe war 1982 besonders ausgeprägt und betrug beim Kupfer -18 Prozent, beim Kobalt sogar -30 Prozent. Diese Entwicklung wirkte sich vor allem auf die finanzielle Lage des Landes ungünstig aus. Gegenüber 1979 sanken die Exporte um rund 23 Prozent auf 1'037 Millionen Dollars. Auch die Einfuhren waren 1982 infolge Devisenmangel weiterhin rückläufig und verminderten sich gegenüber 1975 real um 50 Prozent. Die anhaltende Trockenheit, besonders im Vorjahr, hatte einen merklichen Rückgang der Agrarproduktion zur Folge, insbesondere beim wichtigsten Anbauprodukt, dem Mais, welches sogar teilweise eingeführt werden

musste. Die meisten Industrieunternehmen arbeiten zurzeit nur noch zu 30 Prozent ihrer Kapazität. Dazu kommt noch das Problem der langen Verbindungswege und der Transportmittel, deren Unterhalt durch die mangelnde Einfuhr von Ersatzteilen immer prekärer wird.

Die Aussenschuld Sambias wurde Ende Juni 1982 mit 2,3 Milliarden Dollars an mittel- und langfristigen Fälligkeiten, sowie 600 Millionen Dollars an kurzfristigen Verbindlichkeiten veranschlagt, Darlehen des Internationalen Währungsfonds nicht eingerechnet. Die Zahlungsrückstände von über zwei Jahren dürften etwa eine Milliarde Dollars ausmachen. Die VR China figuriert als grösster Gläubiger vor den USA und der UdSSR. Der Schuldendienst beanspruchte 1982 444 Millionen Dollars oder 38,4 Prozent der Exporterlöse. Die Zahlungsbilanz, welche seit 1975 ein chronisches Defizit aufweist und sich Ende 1982 auf rund 300 Millionen Dollars belief, konnte nur durch zusätzliche Verschuldung und durch Bildung neuer Zahlungsrückstände ausgeglichen werden. In der gleichen Zeitspanne hat sich das Bruttoinlandprodukt real um 8 Prozent zurückgebildet.

2. Verhandlungen zwischen Sambia und dem Internationalen Währungsfonds (IWF)

Bereits 1981 wurde zwischen Sambia und dem IWF ein "extended arrangement" über 3 Jahre im Betrag von 800 Millionen Sonderziehungsrechten (1 SZR = 2,3 sFr.) vereinbart. Infolge Nichterfüllung der damit verbundenen Auflagen wurde dieses Abkommen annulliert, nachdem bereits 300 Millionen SZR ausbezahlt worden waren.

Im April 1983 schloss Sambia mit dem IWF ein weiteres Abkommen ab über 211,5 Millionen SZR, wovon 31,5 Millionen SZR sofort ausbezahlt wurden und weitere 4 Auszahlungen im Laufe dieses Jahres erfolgen werden. Dieser Kredit ist an die Einhaltung einer Reihe von Auflagen gebunden. Dazu gehören Abwertung um 20 Prozent (bereits erfolgt), Stabilisierung der öffentlichen Ausgaben, Schaffung neuer Einnahmequellen durch fiskalische Massnahmen, Reduktion der Subventionen von Mais und Zucker, Aufhebung der Preis-

kontrolle (ausser 3 Ausnahmen), Erhöhung der Produzentenpreise landwirtschaftlicher Produkte, besseres Schulden-Management, Reduktion der Zahlungsrückstände, Schuldenkonsolidierung, etc.

3. Abkommen

An den Konsolidierungsverhandlungen vom 13. und 16. Mai 1983 im Rahmen des "Club de Paris" einigten sich die Verhandlungspartner auf folgende Modalitäten, die im beiliegenden Entwurf zu einem bilateralen Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sambische Schulden berücksichtigt sind.

Die Summe der vom "Club de Paris" gestundeten Forderungen dürfte gesamthaft rund 300 Mio Dollars betragen.

Erfasst werden garantierte kommerzielle Fälligkeiten des Jahres 1983 mit einer Kreditlaufzeit von über einem Jahr, sowie die Zahlungsrückstände per Ende 1982 von weniger und mehr als einem Jahr im Betrag von insgesamt 12 Millionen Franken (Art. 1). Die Begleichung der Zahlungsrückstände erfolgt über 5 Jahre in 10 gleich hohen Semesterraten, beginnend ab 31. Dezember 1983. Die Fälligkeiten des Jahres 1983 sind über 10 Jahre zu amortisieren (Art. 2).

Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten (Art. 3). Der Konsolidierungszinssatz, der bilateral auszuhandeln ist, wird zu marktnahen Bedingungen festgelegt; die Zinszahlungen sind halbjährlich fällig (Art. 4). Artikel 5 enthält die Meistbegünstigungsklausel, und Artikel 6 bestimmt, dass das Abkommen bei Unterschrift in Rechtskraft tritt.

Es ist zu erwarten, dass der Abkommenstext keine nennenswerten Aenderungen erfährt. Das Inkrafttreten bei Unterschrift hat den Vorteil, dass Verzögerungen und Unsicherheiten in der Abwicklung vermieden werden.

4. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss BRB vom 14. Januar 1981 soll bei Konsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit Sambia wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Dies bedeutet, dass die Exporteure bei Fälligkeit nur mit einer Schadenvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der ERG rechnen können. Für den nicht ERG-gedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Der Gesamtbetrag der durch die Schweiz unter dieser Vereinbarung aufzuschiebenden Zahlungsverpflichtungen wird sich auf etwa 12 Millionen Franken belaufen, wovon 11 Millionen Franken an kurzfristigen Zahlungsrückständen. Bei einem durchschnittlichen ERG-Deckungssatz von 70 Prozent dürfte der ERG-Fonds im Ausmass von 8,4 Millionen Franken belastet werden, wobei der grösste Teil bereits ausbezahlt sein dürfte.

Durch Bundesbeschluss vom 17. März 1966 (AS 1966 893), verlängert durch die Bundesbeschlüsse vom 18. März 1970 (AS 1970 1707) und 20. Juni 1980 (AS 1980 1483) ist der Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen mit dem Ausland ermächtigt.

5. Konsultierung anderer Dienststellen

In einem kleinen Mitberichtsverfahren sind der Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA, sowie der Währungs- und Wirtschaftsdienst, EFD, vorgängig konsultiert worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir Ihnen den

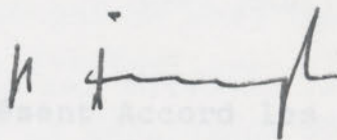
A n t r a g :

entre le Gouvernement de la République de Zambie

1. Der vorliegende Entwurf zu einem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für sambische Schulden wird gemäss den vorstehenden Erwägungen im Sinne von Verhandlungsinstruktionen genehmigt.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Finanzdepartement die Verhandlungen mit Sambia über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes zu führen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderliche Vollmacht auszustellen.

sont convenus de ce qui suit:

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Article premier


Tombent sous les dispositions du présent Accord les paiements zambiens ci-après résultant de crédits commerciaux consentis au Gouvernement zambien, garantis par la Confédération suisse et

Beilage: Abkommensentwurf

1983, soit:

Zum Mitbericht an:

- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA
- Eidg. Finanzverwaltung

Protokollauszug an:

- EVD (GS 5, BAWI 10)
- EDA
- EFD
- BK, zum Vollzug

A c c o r d

entre le Gouvernement de la République de Zambie
 et le Gouvernement de la Confédération suisse
 concernant le rééchelonnement de dettes zambiennes

Le Gouvernement de la République de Zambie et
 le Gouvernement de la Confédération suisse,

agissant en vertu des recommandations adoptées lors de la réunion
 de "Club de Paris" des 13 et 16 mai 1983 entre des représentants
 du Gouvernement zambien et des représentants des gouvernements de
 certains pays créanciers, dont la Suisse,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Tombent sous les dispositions du présent Accord les paiements zambiens ci-après résultant de crédits commerciaux consentis au Gouvernement zambien, garantis par la Confédération suisse et ayant fait l'objet d'un contrat conclu avant le 1er janvier 1983, soit:
 - a) les montants en principal et intérêts, d'une durée de crédit supérieure à un an et venant à échéance entre le 1er janvier 1983 et le 31 décembre 1983;
 - b) les arriérés au 31 décembre 1982 d'une durée de crédit supérieure ou inférieure à un an.
2. Le montant global de ces échéances ne dépasse pas millions de francs suisses. Les échéances ainsi concernées par cet Accord sont spécifiées dans une liste séparée faisant partie intégrale de cet Accord.

Pour le Gouvernement de la
 République de Zambie:

Pour le Gouvernement de la
 Confédération suisse:

Article 2

Les dettes zambiennes spécifiées à l'article premier seront remboursées comme suit:

a) En ce qui concerne les montants en principal et intérêts d'une durée de crédit supérieure à un an venant à échéance entre le 1er janvier et le 31 décembre 1983:

- 2 % selon échéancier original ou au plus tard le 31 décembre 1983
- 2 % le 31 décembre 1984
- 2 % le 31 décembre 1985
- 2 % le 31 décembre 1986
- 2 % le 31 décembre 1987
- 90 % en 10 paiements semestriels égaux et consécutifs, le premier intervenant le 31 décembre 1988 et le dernier le 30 juin 1993.

b) En ce qui concerne les arriérés au 31 décembre 1982 d'une durée de crédit supérieure ou inférieure à un an:

- 100 % en 10 paiements semestriels égaux et consécutifs, le premier intervenant le 31 décembre 1983 et le dernier le 30 juin 1988.

Article 3

Les paiements prévus dans le cadre de cet Accord se feront en francs suisses libres par la Banque à Lusaka à une banque suisse à désigner.

La fera parvenir une copie des ordres de paiements respectifs à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures à Berne, ainsi qu'au Bureau de la Garantie contre les risques à l'exportation à Zurich.

Article 4

Le Gouvernement zambien s'engage à payer un intérêt sur les soldes impayés des dettes. Cet intérêt sera calculé à partir de l'échéance contractuelle de ces dettes jusqu'à la date de leur paiement et sera versé à la banque suisse à désigner, le 30 juin et le 31 décembre de chaque année, pour la première fois le 15. Juni 1983. La comptabilisation se fera sous forme de compte courant tous les 6 mois.

Le taux d'intérêt sera de % par an.

Article 5

Le Gouvernement zambien s'engage:

- a) à accorder à la Suisse un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera éventuellement à tout autre pays créancier pour le refinancement ou le rééchelonnement de dettes comparables;
- b) à informer à cette fin le Gouvernement suisse des dispositions de tout accord de refinancement ou de rééchelonnement de dettes qu'il conclurait conformément à l'alinéa a) de cet article.

Article 6

Le présent Accord entre en vigueur à la date de sa signature.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à , le , en deux exemplaires en langue anglaise et française.

Pour le Gouvernement de la
 République de Zambie:

Pour le Gouvernement de la
 Confédération suisse: